

# September 2024



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

gerade häufen sich die Jubiläen im rechtspolitischen Bereich. So feierten zwei von fünf Verfassungsorganen, nämlich Bundesrat und Bundestag Anfang September ihren 75. Geburtstag. Anlässlich der Feierstunde wies die amtierende Ratspräsidentin Schwesig darauf hin, dass der Bundesrat eine Lehre aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und eine Antwort auf Willkür und Gewalt im nationalsozialistischen Deutschland sei. Durch den Bundesrat werden die Bundesländer in die politische Willensbildung mit eingebunden. Er schafft damit Vielfalt und ein Gleichgewicht im politischen Machtgefüge.

Parallelen findet man auch in der Wirtschaft und im Unternehmen. So dienen Aufsichtsrat und Beirat, aber auch die Wirtschaftsprüfung der Kontrolle und der gesamtbetrieblichen Entwicklung. Intern sichern Controlling, Revision, Compliance-Management, Datenschutzbeauftragter und andere Einrichtungen das Unternehmen ab. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, neben dem eingerichteten Qualitätsmanagement ergänzend ein Forum aus eigenen Mitarbeitenden und gegebenenfalls auch Externen zu bilden, die sich kreativ mit internen Verbesserungen und weitblickend mit Strategien befassen.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang, dass die erst kürzlich verstorbene Künstlerin Rebecca Horn anlässlich des Umbaus des ehemaligen Preußischen Herrenhauses zum Sitz des Bundesrates die Wandelhalle mit ihrer Installation „Drei Grazien“ eindrucksvoll mitgestaltet hat. Dabei schwingen bei jeder Bewegung im Raum in den drei Kuppelöffnungen goldfarbene Messingstäbe sanft im Kreis. Das Bild wird komplettiert durch einen im Boden eingelassenen kreisrunden Spiegel, der diese Bewegungen aufnimmt. Die Künstlerin hat ihre Installation – einen größeren Rahmen schaffend – einmal wie folgt sinngemäß kommentiert:

*„Die das Licht einfangenden Stäbe sind wie Antennen, um das Oben und das Unten zu verbinden, um vertikale Beziehungen zu schaffen. Gerade für den Bundesrat ist wichtig, dass es hier eine Öffnung, eine Beweglichkeit gibt.“*

In diesem Sinne bleibt mir nur noch zu sagen: Nehmen Sie die Vielfalt von Beziehungen zu Ihrem Nutzen wahr!

Mit besten Grüßen

## Übersicht

Die europäische Entgelttransparenzrichtlinie: Konkreter Handlungsbedarf für Unternehmen	3
Entlastung im Haushalt und steuerliche Vorteile	4
Corona-Wirtschaftshilfen: Letzte Frist für Schlussabrechnung endet am 30.09.2024	5
Meldepflicht elektronischer Kassen- und anderer Grundaufzeichnungssysteme ab 01.01.2025	6
Grundstücksbewertung im Bundesmodell rechtswidrig? Finanzverwaltung reagiert mit Ländererlass	7
BFH hat Bedenken gegen die Beschränkung der Verlustabzugsverrechnung bei Termingeschäften	8
Änderungen bei Meldepflichten für Fremdwährungskonten spätestens ab 2025	9
Arbeitnehmerhaftung bei Unfall mit einem Firmenfahrzeug	10
Aufklärungspflicht vor einer Operation	10
Keine Kostenerstattung für operative Therapie eines grauen Stars im Ausland	11
Verjährte Schadensersatzforderungen – Aufrechnung mit Kautionsmöglichkeit	11
Kenntnis einer Wohnflächenabweichung nicht durch Einzug in die Wohnung	11
Getrenntleben der Eheleute trotz gemeinsamer Wohnung	12
Gemeinschaftliches Testament – Testierunfähigkeit	13
Unfall zwischen abbiegendem Traktor und überholendem Pkw	13

## Die europäische Entgelttransparenzrichtlinie: Konkreter Handlungsbedarf für Unternehmen

BEITRAG VON AYLIN ROMMEL-ORUÇ –

Die Frage nach geschlechtergerechter Bezahlung ist seit Jahren ein zentrales Thema in der europäischen und deutschen Gleichstellungspolitik. Trotz diverser Fortschritte und einschlägiger gesetzlicher Regelungen klafft in vielen Ländern der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, weiterhin eine signifikante Lücke zwischen den Gehältern von Männern und Frauen.

Die am 06.06.2023 in Kraft getretene Europäische Entgelttransparenzrichtlinie zielt darauf ab, diese Lücke zu schließen und die Lohngerechtigkeit zu fördern. Die Richtlinie muss bis zum 07.06.2026 von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Betroffen sind nicht nur große, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen.

Die Richtlinie enthält unter anderem die folgenden für Unternehmen relevanten Bestimmungen:

- 1. Pflicht zur Schaffung transparenter Entgeltstrukturen/ Auskunftspflichten für Unternehmen**  
Die Richtlinie verpflichtet Unternehmen, klare und transparente Kriterien für die Gehaltsfestlegung und -erhöhung offenzulegen. Die Arbeitnehmenden sollen das Recht haben, Informationen über das durchschnittliche Entgelt, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, für gleichwertige Arbeit zu erhalten. Gleiches sieht die Richtlinie bereits für den Bewerbungsprozess vor: so sollen Bewerbenden von ihren zukünftigen Arbeitgebern Informationen über das zu erwartende Gehalt für einschlägige Stellen zugänglich gemacht werden.
- 2. Berichterstattungspflichten**  
Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten werden darüber hinaus zukünftig verpflichtet sein, regelmäßige Berichte über das geschlechtsspezifische Lohngefälle zwischen ihren Arbeitnehmenden vorzulegen. Diese Berichte müssen öffentlich zugänglich sein und sollen ermöglichen, systematische Unterschiede in der Bezahlung zu erkennen.
- 3. Schadensersatz bei Verstößen/ Schutz vor Repressalien**  
Durch die Stärkung des Schadensersatzrechts wird es für Arbeitnehmende einfacher, Diskriminierungsansprüche erfolgreich durchzusetzen. Dies kann zu einer Zunahme von Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung führen. Auch stärkt die Richtlinie den Schutz von Arbeitnehmenden, die ihre Rechte in Bezug auf Entgelttransparenz und Lohngleichheit geltend machen. Die Geltendmachung etwaiger Rechte darf somit zu keinen negativen Konsequenzen für Arbeitnehmende führen.

Insgesamt geht die europäische Entgelttransparenzrichtlinie in einigen Punkten deutlich weiter als das derzeit in Deutschland geltende Entgelttransparenzgesetz. Die Umsetzung der Richtlinie wird ein Umdenken in vielen Unternehmen erfordern. Auch vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union die Umsetzungspflicht anders als sonst üblich auf drei Jahre festgelegt. Unternehmen sollten diese Zeit effektiv nutzen. Die Anforderungen der Richtlinie sind umfangreich, weshalb schon jetzt Praktiken zur Entgeltstrukturierung kritisch zu hinterfragen und langfristig neue Strukturen geschaffen werden müssen. So

können etwa aktuelle Gehaltsstrukturen analysiert werden, um potentielle Ungleichheiten aufzudecken. Um Diskriminierungen vorzubeugen, empfiehlt es sich zudem schon jetzt, klare und transparente Verfahren zur Festlegung von Gehältern und Boni zu entwickeln und zu implementieren. Ziel ist es Verfahren zu schaffen, die für alle Arbeitnehmenden nachvollziehbar sind und einheitlich angewendet werden.

Die Europäische Entgelttransparenzrichtlinie wird deutsche Unternehmen zukünftig vor bedeutende Herausforderungen stellen, bietet jedoch auch die Chance, die eigenen Vergütungsstrukturen zu verbessern und ein Zeichen für Gleichberechtigung zu setzen. Unternehmen, die die erforderlichen Anpassungen frühzeitig und umfassend vornehmen, können nicht nur rechtlichen Risiken vorbeugen, sondern auch ihr Employer-Branding stärken und das Vertrauen ihrer Arbeitnehmenden gewinnen.

## **Entlastung im Haushalt und steuerliche Vorteile**

BEITRAG VON INKE BULLWINKEL –

In Ihrer Einkommensteuererklärung können Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen geltend gemacht werden und schon gibt es Geld vom Finanzamt zurück. § 35a EStG macht diese Steuerermäßigung möglich.

### **Was versteht man unter eine Steuerermäßigung nach § 35a EStG?**

Die hier geregelte Steuerermäßigung mindert direkt die tarifliche Einkommensteuer. Sie kann daher – vereinfacht ausgedrückt – wie eine „Cash-Back“-Aktion angesehen werden. Es muss insgesamt saldiert weniger Einkommensteuer an das Finanzamt abgeführt werden.

### **Was fällt konkret unter die Steuerermäßigung nach § 35a EStG für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerrechnungen?**

Es fallen ausschließlich die Lohn-, Arbeitskosten inkl. Fahrtkosten unter die Begünstigung, nicht aber die Materialkosten.

1. Haushaltnahe Minijobber  
Haben Sie in Ihrem Haushalt eine Reinigungskraft, Gärtner im Rahmen des sogenannten Haushaltsscheckverfahren angemeldet bei der Minijob-Zentrale, so mindert sich Ihre tarifliche Einkommensteuer um 20% der Gesamtkosten (max. 510,00 EUR p.a.). Im Umkehrschluss wirken sich somit Aufwendungen bis zu max. 2.550,00 EUR p.a. aus.
2. Haushaltnahe Vollbeschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflege- und Betreuungsleistungen  
Reinigungsarbeiten, Hausmeistertätigkeiten, Gartenarbeiten oder Betreuungsleistungen können z.B. hier geltend gemacht werden. Die Steuerermäßigung mindert die tarifliche Einkommensteuer um 20% der Aufwendungen, jedoch max. 4.000,00 EUR. Sind Ihnen also Aufwendungen von 20.000,00 EUR entstanden, mindert sich Ihre tarifliche Einkommensteuer um den Höchstbetrag von 4.000,00 EUR.

### 3. Handwerkerleistungen im Haushalt

Hier drunter fallen z.B. Reparaturen, Renovierungen oder Modernisierungen in Ihrem Privathaus. Im Gegensatz zu den unter Punkt 2 genannten Beträgen beläuft sich der Höchstbetrag, der sich auf die tarifliche Einkommensteuer auswirkt, lediglich auf 20% der Aufwendungen, jedoch max. 1.200,00 EUR. Das bedeutet, dass Sie max. 6.000,00 EUR der Ihnen entstandenen Gesamtkosten hier steuerlich geltend machen können.

### **Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung**

Die Steuerermäßigung nach § 35a EStG kann nur in Anspruch genommen werden, soweit die Leistung in der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum liegenden Haushalt des Steuerpflichtigen erbracht worden ist. Weiter dürfen die Aufwendungen nicht zuvor als Betriebsausgaben oder Werbungskosten sowie Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt worden sein. Eine weitere Voraussetzung um die Steuerermäßigung nach § 35a EStG in Anspruch nehmen zu können, ist, dass eine ordnungsgemäße Rechnung vorliegt und die Zahlung per Überweisung stattgefunden hat.

#### **Eine Bitte an Sie:**

Bitte achten Sie (zukünftig) darauf, dass der Arbeitslohn in den Rechnungen stets separat ausgewiesen ist. Reichen Sie mit den Unterlagen für die Erstellung Ihrer Einkommensteuererklärung stets auch die Wohngeldabrechnung Ihrer Eigentümergeinschaft oder auch Nebenkostenabrechnung Ihres Vermieters ein. Hier sind immer Beträge enthalten, die unter die Steuerermäßigung nach § 35a EStG fallen.

### **Corona-Wirtschaftshilfen: Letzte Frist für Schlussabrechnung endet am 30.09.2024**

Mit den Corona-Wirtschaftshilfen, z.B. Überbrückungs-, November- und Dezemberhilfen, wurden in der Zeit von Juni 2020 bis Juni 2022 Unternehmen und Selbstständige aus staatlichen Bundesmitteln unterstützt, sofern sie einen erheblichen Umsatzrückgang zu verzeichnen hatten.

Um in der Pandemiezeit Unternehmen schnell zu helfen und deren Existenz zu sichern, sollte eine möglichst schnelle Auszahlung der Mittel erfolgen. Die Bewilligung und Auszahlung der Gelder erfolgte daher zumeist vorläufig auf Prognosebasis. Es war vorgesehen, nachträglich einen Abgleich der Prognosezahlen mit der tatsächlichen Umsatzentwicklung sowie den angefallenen Fixkosten vorzunehmen. Dieser Abgleich erfolgt durch die Einreichung einer sog. Schlussabrechnung. Sowohl die Antragstellung als auch die Schlussabrechnung erfolgt(e) über einen „prüfenden Dritten“, in der Regel ist dies der Steuerberater.

Nachdem die Frist zur Erstellung und Abgabe der Schlussabrechnung mehrfach verschoben worden war, läuft diese nun am 30.09.2024 endgültig ab.

Es ist vorgekommen, dass Anträge auf Corona-Wirtschaftshilfen entweder über verschiedene prüfende Dritte eingereicht wurden, weil z.B. ein Wechsel des Steuerberaters zwischen mehreren Antragstellungen stattgefunden hat, der Steuerberater zwischenzeitlich nicht mehr zur Verfügung stand oder bei mehreren Unternehmen eines

Verbundunternehmens die Anträge von unterschiedlichen Steuerberatern für die einzelnen Unternehmen gestellt wurden.

Die Schlussabrechnung muss hingegen von einem einzigen prüfenden Dritten durchgeführt bzw. eingereicht werden, ggf. durch Wechsel. Den Wechsel muss der neue prüfende Dritte auf der Antragsplattform selbst beantragen. Dies ist nicht Sache des Unternehmens oder des Selbstständigen. Allerdings müssen dem übernehmenden Steuerberater alle erforderlichen Angaben und Daten der bereits eingereichten Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Auch nach erfolgter Schlussabrechnung ist ein Wechsel des Steuerberaters möglich. Dem Berater muss allerdings die Abrechnungsnummer des Schlussabrechnungspakets mitgeteilt werden oder die Kundennummer des Organisationsprofils. Anderenfalls ist ein Wechsel nicht möglich.

**Achtung:** Sofern bis zum 30.09.2024 keine fristgerecht eingereichten Schlussabrechnungen vorliegen, sind die zuständigen Bewilligungsstellen gehalten, umgehend Rückforderungsmaßnahmen in vollständiger Höhe der geleisteten Hilfen gegenüber den Unternehmen und Selbstständigen einzuleiten.

### **Meldepflicht elektronischer Kassen- und anderer Grundaufzeichnungssysteme ab 01.01.2025**

Das Bundesministerium der Finanzen hat in mehreren Schreiben nun die Aufnahme der Meldepflicht für elektronische Kassensysteme mit einer technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) ab dem 01.01.2025 mitgeteilt. Die Meldung und Übermittlung erfolgt für jede Betriebsstätte getrennt innerhalb eines Monats nach Anschaffung, Leasingbeginn bzw. -ende oder Außerbetriebnahme mit amtlich vorgeschriebenem Datensatz über ELSTER mit folgenden Angaben:

- Name und Steuernummer des Steuerpflichtigen
- Art der zertifizierten Technischen Sicherheitseinrichtung (TSE)
- Art, Anzahl und Seriennummer des bzw. der verwendeten elektronischen Aufzeichnungssysteme
- Datum der Anschaffung bzw. der endgültigen Außerbetriebnahme oder Nutzung in einer anderen Betriebsstätte

Für vor dem 01.07.2025 angeschaffte Kassen ist die Meldung bis zum 31.07.2025 vorzunehmen, für ab dem 01.07.2025 angeschaffte Kassensysteme sowie Außerbetriebnahmen gilt die Monatsfrist. Gleiches gilt für Taxameter und Wegstreckenzähler mit TSE. Hier ist auch das Kfz-Kennzeichen mitzuteilen. Ohne TSE dürfen diese noch bis zum 31.12.2025 genutzt werden. Betroffene Unternehmen sollten bereits jetzt die erforderlichen Daten zusammenstellen und sich einen Überblick über alle in den Betriebsstätten genutzten Systeme verschaffen.

## **Grundstücksbewertung im Bundesmodell rechtswidrig? Finanzverwaltung reagiert mit Ländererlass**

Ab dem 01.01.2025 wird die Grundsteuer für Grundstücke nach einer geänderten Bemessungsgrundlage erhoben, die derzeit für sämtliche Grundstücke in Deutschland neu festgestellt und den Grundstückseigentümern mitgeteilt wird. Die Bundesländer haben sich für unterschiedliche Bewertungsmodelle entschieden.

Eines dieser Modelle, das sog. „Bundesmodell“, ist Gegenstand mehrerer gerichtlicher Verfahren. Das Finanzgericht Rheinland-Pfalz (FG) hat im einstweiligen Rechtsschutzverfahren eine Aussetzung der Vollziehung beschlossen. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat diese Entscheidung bestätigt. Die Entscheidung im Hauptsacheverfahren steht noch aus.

Eine Aussetzung der Vollziehung wird nur gewährt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Bescheides bestehen.

Das FG und der BFH haben einfachrechtliche und verfassungsmäßige Zweifel an den anzuwendenden Bewertungsvorschriften zur Feststellung der Grundstückswerte, insbesondere, als das Gesetz den Grundstückswert typisierend feststellt, ohne die gesetzlich geregelte Möglichkeit des einzelfallbezogenen Nachweises eines Grundstückseigentümers, dass sein Grundstückswert den festgestellten Wert um 40 % oder mehr unterschreitet.

Die Finanzverwaltungen der betroffenen Bundesländer haben auf diese vorläufigen Entscheidungen mit einem gemeinsamen Ländererlass reagiert. Hierin ist nun geregelt, dass Grundstückseigentümer berechtigt sind, den Nachweis eines niedrigeren Wertes des Grundstücks zu erbringen. Dieser wird berücksichtigt, wenn ein bestellter oder zertifizierter Gutachter bzw. der Gutachterausschuss diesen niedrigeren Wert feststellt oder wenn im gewöhnlichen Geschäftsverkehr ein um mindestens 40 % niedrigerer Kaufpreis innerhalb eines Jahres vor oder nach dem Hauptfeststellungszeitpunkt erzielt wird. Gleiches gilt für erbbaurechtsbelastete Grundstücke.

Die Erlasse sind auf alle noch nicht bestandskräftigen Bescheide anzuwenden, außerdem auch bei bestandskräftigen Wertfortschreibungen, wenn die Abweichung größer als 15.000,00 EUR ist.

Für das Bundesmodell bei der Grundstücksbewertung haben sich Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland (mit Abweichungen), Sachsen (mit Abweichungen), Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen entschieden.

In diesen Bundesländern soll die Finanzverwaltung Einsprüchen mit Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung angemessen befristet ohne Einholung eines Gutachtens durch den Eigentümer stattgeben, wenn die Angaben zum Wert schlüssig sind. Ein Gutachten muss ggf. später eingeholt werden. Zur Erfolgsaussicht sollten betroffene Grundstückseigentümer sich im konkreten Fall beraten lassen.

**Achtung:**

Wichtig ist, dass innerhalb eines Monats ab Zustellung gegen den Grundlagenbescheid (der 1. Bescheid!) Einspruch erhoben wird und nicht erst gegen den Grundsteuermessbescheid oder den Bescheid, mit dem die Stadt/Gemeinde die Grundsteuer erhebt.

**BFH hat Bedenken gegen die Beschränkung der Verlustabzugsverrechnung bei Termingeschäften**

Einkünfte aus Kapitalvermögen sind steuerpflichtig mit erheblichen Erschwernissen im Bereich der Verlustverrechnung. Speziell für Kapitalerträge aus Termingeschäften gilt seit 2021 eine doppelte Verlustverrechnungsbeschränkung.

Diese sieht so aus, dass derartige Verluste nur mit Gewinnen aus anderen Termingeschäften oder Stillhalterprämien verrechnet werden dürfen. Ein Ausgleich mit anderen Kapitaleinkünften ist nicht möglich. Eine Verlustverrechnung ist auch nur bis zu 20.000,00 EUR pro Veranlagungsjahr möglich. Verbleibende Verluste dürfen zeitlich unbegrenzt in die Folgejahre vorgetragen werden.

Ein automatischer Steuerabzug erfolgt bei inländischen Erträgen aus Termingeschäften. Verluste werden dem Steuerpflichtigen bankseitig bescheinigt, eine Verrechnung kann erst in der steuerlichen Veranlagung geltend gemacht werden, ebenso der Verlustvortrag.

Wer z.B. aus Dividenden einen Gewinn von 10.000,00 EUR (vor Steuerabzug) und einen Gewinn aus einem Termingeschäft von 30.000,00 EUR (vor Steuerabzug) erzielt, aber aus einem anderen Termingeschäft einen Verlust von 40.000,00 EUR, hat wirtschaftlich unter dem Strich eine schwarze Null stehen.

Steuerlich ist eine Verrechnung des Verlustes aus dem Termingeschäft mit dem Gewinn aus Dividenden gar nicht möglich und eine Verrechnung des Verlustes in Höhe von 40.000,00 EUR mit dem Gewinn in Höhe von 30.000,00 EUR nur in Höhe von 20.000,00 EUR. Steuerlich verbleibt dem Steuerpflichtigen mithin ein Gewinn aus Kapitalerträgen in Höhe von 20.000,00 EUR (10.000,00 EUR aus Dividenden und 10.000,00 EUR aus Termingeschäften). Es kann aus dem Verlust des Termingeschäfts im betreffenden Veranlagungsjahr nur ein Betrag in Höhe von 20.000,00 EUR steuerlich berücksichtigt werden, die verbleibenden 20.000,00 EUR können erst in der Zukunft mit positiven Einkünften aus Termingeschäften verrechnet werden, mit dem Risiko des Totalausfalls, falls keine Gewinne mehr erzielt werden.

Mit dieser Beschränkung der Verlustabzugsverrechnung war ein steuerpflichtiges Ehepaar nicht einverstanden. Nach erfolglosem Einspruchsverfahren gegen den Einkommensteuerbescheid und Ablehnung der Aussetzung der Vollziehung durch das zuständige Finanzamt, bekamen sie sowohl vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz als auch vor dem Bundesfinanzhof (BFH) im einstweiligen Rechtsschutzverfahren Recht und die Vollziehung wurde einstweilig ausgesetzt.

Der BFH hat auch bereits Verfassungsbedenken aufgrund eines möglichen Verstoßes gegen das Gleichbehandlungsgebot gesehen, wenn eine Besteuerung wirtschaftlich nicht



erzielter Gewinne erfolgt. Ein ähnliches Verfahren ist noch zur Berücksichtigung von Aktienveräußerungsverlusten anhängig. Da letztlich vermutlich das Bundesverfassungsgericht angerufen werden wird, wird sich eine endgültige Entscheidung noch mehrere Jahre hinziehen.

Steuerpflichtige sollten daher noch nicht rechtskräftige Bescheide offenhalten und sich zu diesem Zweck von ihrem Steuerberater Rat einholen.

### **Änderungen bei Meldepflichten für Fremdwährungskonten spätestens ab 2025**

Anleger, die Kapitaleinkünfte erzielen, erhalten eine Bescheinigung über diese Einkünfte sowie ggf. bereits abgeführte Abgeltungssteuern von ihren Banken. Beides wird von den kontoführenden Banken auch der Finanzverwaltung gemeldet, bislang zumeist allerdings nur die in Euro geführten Konten.

Sofern ein Anleger über sog. Fremdwährungskonten verfügt, aus denen Kapitaleinkünfte erzielt werden, war dieser bereits in der Vergangenheit verpflichtet, die Meldung an die Finanzverwaltung selbst vorzunehmen.

Spätestens ab dem Jahr 2025 sind die Banken jedoch verpflichtet, diese Meldungen direkt an die Finanzverwaltung vorzunehmen. Ein Blick in die Steuerbescheinigung gibt Auskunft darüber, ob die eigene Bank diese Meldung bereits in der Vergangenheit vorgenommen hat.

Anleger sollten anderenfalls überprüfen, ob sie der eigenen Meldepflicht an die Finanzverwaltung vor 2025 selbstständig nachgekommen sind.

Wenn nämlich die Banken ab 2025, manche bereits im Jahr 2024 die Meldungen vornehmen und sich bei einem Steuerpflichtigen mit Fremdwährungskonten Kapitaleinkünfte hieraus ergeben, wird dies die Aufmerksamkeit der Finanzverwaltung erregen, falls zuvor keine derartigen Einkünfte durch den Steuerpflichtigen selbst erklärt wurden.

Jedenfalls wird es zu Nachfragen kommen. Sollten dann entsprechende Einkünfte nachzuerklären sein, ist es bereits zu spät, jedenfalls für eine strafbefreiende Selbstanzeige. Durch die Meldung der Bank ist der Finanzverwaltung bereits bekannt, dass es Kapitaleinkünfte aus Fremdwährungskonten gibt und der Vorwurf der Steuerhinterziehung steht im Raum.

**Achtung:** Inhaber von Fremdwährungskonten sollten unverzüglich bei der kontoführenden Bank anfragen, ob die Mitteilungen bereits 2024 an die Finanzverwaltung übermittelt werden. Sollte dies der Fall sein, ist es angezeigt, schnellstmöglich sämtliche Nachweise über die Kapitaleinkünfte aus Fremdwährungskonten zu beschaffen und sich vom Steuerberater zu Zeitraum, Fristen und möglicher Selbstanzeige beraten zu lassen, bevor es zu spät ist.

### **Arbeitnehmerhaftung bei Unfall mit einem Firmenfahrzeug**

Kommen die Grundsätze zur privilegierten Arbeitnehmerhaftung zum Tragen, hat ein Arbeitnehmer vorsätzlich verursachte Schäden in vollem Umfang zu tragen, bei leichtester Fahrlässigkeit haftet er dagegen nicht. Mittlere Fahrlässigkeit liegt vor, wenn der Arbeitnehmer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen hat und der missbilligte Erfolg bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt vorhersehbar und vermeidbar gewesen wäre. Grob fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nach den gesamten Umständen in ungewöhnlich hohem Maß verletzt und unbeachtet lässt.

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen (LAG) hatte über folgenden Fall zu entscheiden: Ein Arbeitnehmer fuhr beim Zurücksetzen mit seinem Firmenfahrzeug auf das BMW-Cabrio des Geschäftsführers auf. Der BMW war zu dem Zeitpunkt abgemeldet und es entstand ein Schaden in Höhe von ca. 2.315,00 EUR.

Ein Arbeitnehmer, der beim Rückwärtsfahren mit dem Firmenfahrzeug auf dem öffentlich zugänglichen Firmenparkplatz ein dort parkendes Fahrzeug beschädigt, ist mittlere Fahrlässigkeit im oberen Bereich vorzuwerfen. Während des Rückwärtsfahrens ist es erforderlich, sich permanent durch die Benutzung der Innen- und Außenspiegel sowie durch einen Schulterblick darüber zu vergewissern, dass die avisierte Fahrstrecke frei von Hindernissen ist. Gegebenenfalls muss sich der Fahrer durch einen Beifahrer oder eine dritte Person einweisen lassen. Die LAG-Richter entschieden, dass der Arbeitnehmer für den vom ihm verursachten Schaden nur anteilig in Höhe von ca. 1.543,00 EUR haftet. Die Haftungsbeschränkung ergibt sich aus den vom Bundesarbeitsgericht und o.g. aufgestellten Grundsätzen der privilegierten Arbeitnehmerhaftung.

### **Aufklärungspflicht vor einer Operation**

Es entspricht ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bürgerlichen Gesetzbuchs, dass ärztliche Heileingriffe grundsätzlich der Einwilligung des Patienten bedürfen, um rechtmäßig zu sein. Die wirksame Einwilligung des Patienten setzt dabei dessen ordnungsgemäße Aufklärung voraus. Die Aufklärung soll dem Patienten eine zutreffende Vorstellung davon verschaffen, worauf er sich einlässt, wenn er der vorgesehenen Behandlung zustimmt und ihn dadurch in die Lage versetzen, über die Inkaufnahme der mit ihr verbundenen Risiken frei zu entscheiden. Dabei müssen grundsätzlich die in Betracht kommenden Risiken nicht exakt medizinisch beschrieben werden. Es genügt vielmehr, den Patienten „im Großen und Ganzen“ über Chancen und Risiken der Behandlung aufzuklären und ihm dadurch eine allgemeine Vorstellung von dem Ausmaß der mit dem Eingriff verbundenen Gefahren zu vermitteln, ohne diese zu beschönigen oder zu verschlimmern.

Kommen für die Behandlung eines Patienten (hier an der Wirbelsäule) sowohl eine operative als auch eine konservative Behandlung in Betracht, ist eine umfassende Aufklärung geboten. Der Patient muss in der Lage sein, einen Abwägungsprozess zwischen der konservativen Behandlung und dem operativen Vorgang vorzunehmen. Dieser Abwägungsprozess ist zu dokumentieren.

Dieser Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm lag der nachfolgende Sachverhalt

zugrunde: Eine damals 58-jährige Patientin ließ sich Anfang und Mitte 2016 aufgrund einer Veränderung der Bandscheiben (sog. Bandscheibendegeneration) zur Versteifung ihrer Wirbelsäule in einem Krankenhaus operieren. Aufgrund anhaltender Beschwerden verklagte sie Arzt und Krankenhaus. Behandlungsfehler bei den Operationen wurden nicht erwiesen. Umgekehrt konnte das Krankenhaus aber auch eine ausreichende und damit wirksame Einwilligung der Patientin nicht nachweisen. Weshalb das OLG ihr 50.000,00 EUR Schmerzensgeld zusprach und feststellte, dass alle materiellen Schäden zu ersetzen sind.

### **Keine Kostenerstattung für operative Therapie eines grauen Stars im Ausland**

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (LSG) hat entschieden, dass die operative Therapie eines grauen Stars im Ausland nicht als Notfallbehandlung zulasten der Gesetzlichen Krankenversicherung qualifiziert werden kann.

In dem Fall aus der Praxis litt eine türkischstämmige Frau (geb. 1965) seit dem Jahr 2015 an einem beginnenden grauen Star der Augen. Während eines Urlaubs in der Türkei im Jahre 2019 ließ sie an beiden Augen eine Linsenoperation in einer Privatklinik durchführen. Die entstandenen Kosten von ca. 1.600,00 EUR wollte die Frau von ihrer Krankenkasse erstattet haben.

Die gesetzliche Krankenkasse und die private Auslandskrankenversicherung lehnten eine Erstattung ab. Bei vorübergehenden Auslandsaufenthalten könnten nur Notfallbehandlungen übernommen werden. Ein grauer Star ist jedoch ein schleichender Prozess und kein Notfall.

### **Verjährte Schadensersatzforderungen – Aufrechnung mit Kautionsrückzahlung möglich**

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verjähren die Ersatzansprüche des Vermieters wegen Veränderungen oder Verschlechterungen der Mietsache in sechs Monaten. Die Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem er die Mietsache zurückerhält.

Nach der Beendigung des Wohnraummietvertrags und Rückgabe der Wohnung am 08.11.2019 verlangte der Mieter die Rückzahlung der geleisteten Barkautionsrückzahlung in Höhe von ca. 780,00 EUR. Der Vermieter rechnete am 20.05.2020 über die Kautionsrückzahlung ab und erklärte die Aufrechnung mit – streitigen – Schadensersatzansprüchen wegen Beschädigung der Mietsache. Der Mieter berief sich jedoch auf die o.g. Verjährungsregelung.

Der Bundesgerichtshof stellte nun in seinem Urteil v. 10.07.2024 klar, dass Vermieter verjährte Schadensersatzforderungen wegen Beschädigung der Mietsache mit dem Kautionsrückzahlungsanspruch des Mieters verrechnen dürfen. Dies gilt auch dann, wenn der Vermieter die Möglichkeit, Schadensersatz in Geld statt einer Reparatur zu verlangen, nicht innerhalb der Verjährungsfrist genutzt hat.

### **Kenntnis einer Wohnflächenabweichung nicht durch Einzug in die Wohnung**

In einem Mietvertrag war die Wohnfläche mit 49,18 m<sup>2</sup> angegeben. Aus Anlass eines Mieterhöhungsverlangens ließ der Mieter die Wohnung vermessen. Diese Vermessung

ergab eine Größe von nur 42,64 m<sup>2</sup> (13,3 % weniger als vereinbart) und der Mieter verlangte daraufhin die Rückzahlung überzahlter Miete. Das Gericht bewertete den Balkon zusätzlich nur mit einem Viertel und kam daher auf 43,3 m<sup>2</sup> (11,96 % weniger als vereinbart).

Die Angabe einer Wohnfläche im Mietvertrag ist als eine Zusicherung anzusehen. Eine Abweichung hiervon um mehr als 10 % zum Nachteil des Mieters stellt einen Mangel der Mietsache dar, welcher zur Minderung der Miete in dem Verhältnis führt, in dem die tatsächliche Wohnfläche die vereinbarte Wohnfläche unterschreitet.

Mit dem Bezug der Wohnung ist noch keine Kenntnis der genauen Größe der Wohnung verbunden. Eine konkrete Kenntnis des Mieters von sämtlichen in die Wohnflächenberechnung einzustellenden Maße ergibt sich jedenfalls nicht ohne Weiteres bereits durch den Bezug beziehungsweise die Nutzung der Wohnung. Ein allgemeiner Erfahrungssatz, dass bei Bezug einer Wohnung üblicherweise sämtliche Wände und Raumhöhen durch den Mieter ausgemessen werden, existiert nicht, so die Richter des Bundesgerichtshofs (BGH).

Ein Mieter ist grundsätzlich nicht verpflichtet, anlässlich des Bezugs der Wohnung diese vollständig auszumessen, um eine im Mietvertrag enthaltene Wohnflächenangabe zu überprüfen. So entschied der BGH im o.g. Fall zugunsten des Mieters. Dieser konnte vom Vermieter die Rückzahlung der infolge einer Minderung in Höhe von 11,96 % überzahlten Miete für den geltend gemachten Zeitraum verlangen. Das waren hier ca. 5.500,00 EUR nebst Zinsen.

### **Getrenntleben der Eheleute trotz gemeinsamer Wohnung**

Wenn die Scheidung beantragt ist, kann jeder Ehegatte von dem anderen Auskunft über das Vermögen zum Zeitpunkt der Trennung verlangen. Dieser Auskunftsanspruch soll den Schutz des ausgleichsberechtigten Ehegatten vor Vermögensmanipulationen in der Trennungszeit verbessern.

Zur Problematik des Trennungszeitpunkts lag dem Oberlandesgericht Frankfurt a.M. (OLG) folgender Sachverhalt vor: Die Eheleute wohnten gemeinsam mit ihren drei noch minderjährigen Kindern in einem Haus. Sie stellten wechselseitige Anträge auf Auskunft über das Vermögen zum Zeitpunkt der Trennung. Das Amtsgericht hatte der Auskunftspflicht den vom Ehemann benannten späteren Trennungszeitpunkt zugrunde gelegt. Die hiergegen gerichtete Beschwerde der Ehefrau hatte vor dem OLG Erfolg.

Die Trennung ist für den Zeitpunkt festzustellen, zu welchem (objektiv) zwischen den Eheleuten keine häusliche Gemeinschaft mehr besteht und (subjektiv) zumindest ein Ehegatte diese Gemeinschaft auch nicht mehr herstellen will. Die Annahme der Trennung der Eheleute erfordert ein der räumlichen Situation entsprechendes Höchstmaß der Trennung. Verbleibende Gemeinsamkeiten, wie gemeinsame Mahlzeiten, Vornahme von Erledigungen und Einkäufen für den anderen, stehen der Trennung nicht entgegen, wenn sie sich als unwesentlich darstellen. Dies gilt auch für einen freundschaftlichen, anständigen und vernünftigen Umgang der Ehegatten miteinander, insbesondere, wenn gemeinsame Kinder im Haushalt leben.

### **Gemeinschaftliches Testament – Testierunfähigkeit**

Der Erblasser kann ein Testament durch eine eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung errichten. Zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments genügt es, wenn einer der Ehepartner das Testament in der dort vorgeschriebenen Form errichtet und der andere die gemeinschaftliche Erklärung eigenhändig mitunterzeichnet. Diese bloße Beitrittserklärung bzw. Mitunterzeichnung kann aber nicht als eigenes Testament angesehen werden.

Ferner gilt noch bei gemeinschaftlichen Testamenten: sofern jeder der Beteiligten seine Verfügungen selbst geschrieben und unterschrieben hat (die Testamente können dabei durchaus auch auf einem einheitlichen Bogen Papier stehen), sind beide Erklärungen formwirksam.

So kamen die Richter des Oberlandesgerichts Celle (OLG) zu der Entscheidung, dass ein gemeinschaftliches Testament unwirksam ist, wenn ein Ehegatte bei Testamentserrichtung testierunfähig war. Eine Umdeutung eines aufgrund Testierunfähigkeit (z.B. wegen Demenz) eines Ehegatten unwirksamen gemeinschaftlichen Testaments in ein Einzeltestament des testierfähigen Ehegatten kommt nicht in Betracht, wenn nur der testierunfähige Ehegatte den Wortlaut der letztwilligen Verfügungen eigenhändig geschrieben hat.

In dem vom OLG entschiedenen Fall hatte die Ehefrau das gemeinsame Testament handschriftlich geschrieben und es wurde von beiden Eheleuten eigenhändig unterschrieben. Das Gericht stellte fest, dass die Frau zum Zeitpunkt der Testamentserstellung testierunfähig und damit das Testament unwirksam war. Es lag auch kein wirksames Einzeltestament des testierfähigen Ehegatten vor, da es von ihm nur unterschrieben worden war.

### **Unfall zwischen abbiegendem Traktor und überholendem Pkw**

Das Pfälzische Oberlandesgericht (OLG) hatte bezüglich der Haftungsverteilung nach einem Verkehrsunfall über den nachfolgenden Sachverhalt zu entscheiden: Ein Traktorfahrer steuerte einen Traktor, der bauartbedingt 40 km/h schnell fährt. Ein entsprechender Aufkleber war links hinten angebracht. Er beabsichtigte, nach links in einen Feldweg einzubiegen und hatte zu diesem Zweck den Blinker links gesetzt. Auf der Strecke galt ein Überholverbot mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen und Zügen, die nicht schneller als 25 km/h fahren können oder dürfen. Beim Linksabbiegen kollidierte der Traktor mit einem überholenden Pkw.

Das OLG entschied, dass der Traktorfahrer für die Unfallfolgen mit 25 % und der Pkw-Fahrer zu 75 % haftet. Zur Begründung führte es aus, dass der Traktorfahrer gegen die ihn treffende doppelte Rückschaupflicht – ein Linksabbieger muss sich vor dem Einordnen und nochmals unmittelbar vor dem Abbiegen vergewissern, dass das beabsichtigte Abbiegen gefahrlos möglich ist – verstoßen hatte. Der Pkw-Fahrer hatte demgegenüber das Überholverbot missachtet und zudem bei unklarer Verkehrslage – diese ergab sich aus dem nach links am Traktor gesetzten Blinker – überholt. Die mehrfachen und nicht unerheblichen Verstöße gegen Regeln des Straßenverkehrsrechts rechtfertigten die überwiegende Haftung des Pkw-Fahrers.

**Fälligkeitstermine**

Fällig am

Umsatzsteuer (mtl.), Lohn- u.	10.09.2024
Kirchenlohnsteuer, Soli-Zuschlag (mtl.), Einkommen-, Kirchen-, Körperschaftsteuer, Soli-Zuschlag	Zahlungsschonfrist - 13.09.2024
Sozialversicherungsbeiträge	Abgabe der Erklärung - 24.09.2024 Zahlung - 26.09.2024

**Basiszinssatz**

Seit 01.07.2024 = 3,37 %

nach § 247 Abs. 1 BGB maßgeblich für die  
Berechnung von Verzugszinsen

01.01.2024 - 30.06.2024 = 3,62 %

01.07.2023 - 31.12.2023 = 3,12 %

01.01.2023 - 30.06.2023 = 1,62 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: <http://www.bundesbank.de/>  
Basiszinssatz

**Verzugszinssatz ab 01.01.2002:**

(§ 288 BGB)

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern:	Basiszinssatz + 5 Prozentpunkte
Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern (abgeschlossen bis 28.07.2014):	Basiszinssatz + 8 Prozentpunkte
(abgeschlossen ab 29.07.2014):	Basiszinssatz + 9 Prozentpunkte zzgl. 40,00 EUR Pauschale

**Verbraucherpreisindex\***

2024	Juli	119,8
	Juni	119,4
	Mai	119,3
	April	119,2
	März	118,6
	Februar	118,1
	Januar	117,6
2023	Dezember	117,4
	November	117,3
	Oktober	117,8
	September	117,8
	August	117,5

\* (2015= 100)

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter:

<https://www.destatis.de> - Konjunkturindikatoren - Verbraucherpreisindex

Alle Beiträge sind nach bestem Wissen zusammengestellt. Eine Haftung für deren Inhalt kann jedoch nicht übernommen werden. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.